



PI-NEWS-INTERVIEW MIT DEM AFD-ABGEORDNETEN

Hans-Jörg Müller: Maas handelt gegen seinen Amtseid

Deal- or No Deal-Brexit, das ist die Frage: Nachdem der Deal der britischen Premierministerin Theresa May mit der EU im Londoner Parlament abgelehnt wurde, wird es wohl ein No-Deal-Austritt der Briten werden. Hans-Jörg Müller, AfD-MdB, warnt im PI-NEWS-Interview aber davor, die nun Briten so lange abstimmen zu lassen, bis das Ergebnis den Globalisten endlich passe. Also bis Großbritannien dann doch in der EU verbliebe. Damit würde endgültig die letzte Maske der um sich greifenden Pseudodemokratie fallen.

Allerdings, bei einem geregelten Brexit müssten die Briten rund 45 Milliarden Euro Abschlagszahlung leisten. Wird der Austritt nun aber unregelmäßig abgewickelt würde die EU dieses Geld sich dann von den verbleibenden Mitgliedern holen. Hans-Jörg Müller spricht von Kosten von etwa 12 Milliarden Euro für Deutschland. Dazu kämen rund 200 Millionen Euro pro Jahr für den Bürokratieaufwand, die uns dann die Zollabwicklungen mit den Briten bescheren würde.

Diese 200 Millionen echauffieren die Altparteien offenbar sehr. Jedoch, dass gleichzeitig die illegale Migration den Bundeshaushalt mit 40 bis 50 Milliarden Euro belastet, darüber rege sich niemand auf, so Müller.

Auch sei es geradezu grundgesetzwidrig, wenn Bundesaußenminister Heiko

Maas, so wie aktuell im Plenum, erkläre, dass er es als seine Aufgabe ansehe, ein starkes, souveränes EUROPA zu verteidigen. Das sei mit seinem Amtseid, dem DEUTSCHEN Volk zu dienen schlicht nicht vereinbar, so Müller.



Dietmar Friedhoff zu Schäuble: Offenbarungseid des Rechtsstaates

Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble (CDU) erklärte kürzlich sinngemäß, dass diesem Staat die Kraft fehlt, die illegal ins Land Eindringungen ohne Bleibeberechtigung wieder zurückzuführen. Stattdessen träumt er von Integration. Dietmar Friedhoff, Mitglied der AfD-Bundestagsfraktion, spricht im PI-NEWS-Interview von einem „Offenbarungseid des Rechtsstaates“ und stellt klar: Illegale Migranten müssen zurückgeschickt werden! Und er spricht auch an, welche unglaubliche Belastung für den Staatshaushalt, also den Steuerzahler, der Willkommenswahn darstellt.



Reusch: Kultur- und Bildungs- Horizont kausal für Strafdelikte

Roman Reusch, erfahrener AfD- Rechts- und Justizexperte, erläutert im aktuellen PI-NEWS-Interview der Woche die zunehmenden Verwerfungen – nicht nur im Berliner Justizsystem. Reusch ist als „Justizsystem-Hardliner“ renommiert – leider die Konsequenz für einen vernunftbegabten Realpolitiker im Jahr 2018, der noch für die Belange der in Deutschland geborenen Menschen eintritt. Der Großteil der Gewaltdelinquenz ist nach Reusch durchaus auf sozio-kulturelle, religiöse und bildungsrelevante Eigenschaften der Delinquenten zurückzuführen – auch wenn Seehofers aktuellste Kriminalstatistik diese Tatsachen geschickt zu verschleiern versucht.

Im Bereich der Islam-geprägten Kriminalität sieht Reusch – den Einzelfall ausgenommen – durchaus wenig Probleme mit türkischen Aleviten, Alawiten, schiitischen Iranern, die früher aus höheren Bildungsschichten nach Deutschland kamen und als Bildungseliten vor dem mörderischen Mullah-Regime geflohen sind. Je niedriger der Bildungs- und je höher der Säkularitätsgrad, desto höher die Kriminalitätsbereitschaft – „die Straßendelinquenz wird normalerweise nicht von Hochschulabsolventen bevölkert ...“

„Sie nehmen zwar unser Geld, aber verachten uns dafür als

Ungläubige“. Ein absolut sehenswertes Interview!

Roman Reusch (64), AfD-Rechtsexperte und Ex-Leutnant, war bis zu seiner Wahl in den Bundestag als leitender Oberstaatsanwalt in Berlin tätig und sammelte im dortigen – für Deutschland wegweisenden – Berliner Justizsystem „einschlägige“ Erfahrungen. Seit dem 1. Februar 2018 ist Reusch Mitglied des Parlamentarischen Kontrollgremiums des Bundestags. In einem Spiegel-Interview hatte Reusch bereits vor Jahren erläutert, dass knapp 80 Prozent der jungen Intensivtäter in Berlin einen Migrationshintergrund haben und „jeder Einzelne dieser ausländischen Täter“ seiner Ansicht nach „in diesem Land nicht das Geringste verloren“ habe.

Die damalige Justizsenatorin Gisela von der Aue (SPD), nannte die Äußerungen Reuschs „inakzeptabel“ und leitete unverzüglich ein öffentlichkeitswirksames [Disziplinarverfahren](#) ein – wie gegenüber vielen Mitarbeitern, die nicht der SPD/Grünen angehörten. In der Öffentlichkeit musste sich die dubiose Justizsenatorin allerdings öfters harscher Kritik stellen – meist wegen größerer landesüblicher Berliner „Justizskandale“, wie Gefängnisausbrüchen, justiziabler Clan-Strukturen in den eigenen Reihen, straftätiger „Freigänger“, Drogenhandel und Gewaltdelikte in den Berliner Justizvollzugsanstalten.

Seine realitätsnahen, aber „politisch inkorrekten“ Beobachtungen führten immer wieder zu heftigen Kontroversen in den Medien um Roman Reusch. Kritiker wie beispielsweise der „Leiter des Instituts für Konfliktforschung“, Günter Tondorf, bezeichneten Reusch als „geistigen Brandstifter“. Unterstützer wiederum verteidigten ihn – in den damals noch nicht völlig gleichgeschalteten Boulevardmedien galt er gar als „Berlins mutigster Staatsanwalt“. Sogar die regimetreue BILD beschäftigte sich mehrere Tage auf der Titelseite mit seinen ehrlich formulierten Erfahrungen mit der deutschen Justiz.

Angst vor ehrlichen Urteilen von Oberstaatsanwalt Reusch im Lügenstaat ...

Reuschs Beförderung zum Leitenden Oberstaatsanwalt wurde 2016 im rot-grünversifften Berlin erheblich kritisiert: Wir finden diese Personalentscheidung nicht gut“, sagte der Vorsitzende der Vereinigung Berliner Strafverteidiger, Martin Rubbert. „Zu befürchten ist, dass seine politische Haltung in seine Entscheidungsfindung einfließen könnte. Soweit wir wissen, ist Herr Reusch von seinen Äußerungen nicht abgerückt.“

„Tue ich auch nicht“, erklärte Reusch. Bei der Wahl [in das Geheimdienst-Kontrollgremium des Bundestags](#) gab es im klassischen Täterschutz-Land Deutschland zunächst weitgehende Kontroversen, da Reusch für sein unbestechliches Gerechtigkeitsempfinden bekannt ist. Alle Kandidaten der übrigen Fraktionen wurden natürlich auf Anhieb in das Gremium (PKGr) gewählt, darunter der migrations selige „CSU-Innenexperte“ Stephan Mayer sowie Burkhard Lischka und Uli Grötsch für die SPD sowie der berüchtigte Umvolkungs-Experte André Hahn, Linke.



**AfD-Chef Jörg Meuthen:
„Patriotismus ist etwas**

Positives!“

„Ich würde mir wünschen, dass vom Neuen Hambacher Fest das Signal ausgeht, dass Patriotismus nichts Negatives, sondern etwas Positives ist“, sagte Prof. Jörg Meuthen auf dem „Neuen Hambacher Fest“ am 5. Mai gegenüber PI-NEWS. In Deutschland bestehe immer noch das Problem mit den Begriffen, das irgendwann mal enden müsse. „Patriotismus ist die Liebe zur eigenen Heimat. Wenn ich meine eigene Heimat nicht mag, mag ich mich letztendlich selber nicht. Wie soll ich andere Menschen lieben, wenn ich zur Liebe meiner selbst respektive meiner Heimat nicht imstande bin“, so Meuthen. Patriotismus werde immer gleichgesetzt mit dem finsternen Nationalismus, der es eben nicht sei. „Wir sind diejenigen, die die positive Besetzung des Begriffs Patriotismus überhaupt erst wieder hoffähig gemacht haben. Das ist ja das, was die Linke so sehr schäumen lässt. Es ist aber richtig, das zu tun“, so der AfD-Chef im PI-NEWS-Interview (*die Rede von Meuthen auf dem „Neuen Hambacher Fest“ kann [hier angesehen](#) werden, alle anderen Reden auf dem [Youtube-Kanal von einGESCHENKt.tv](#)*).



AfD-NRW-Sprecher Seifen warnt

vor Zerstörung der Demokratie

Seit Ende 2017 führen der pensionierte Schulleiter Helmut Seifen und der ehemalige Polizist und Anwalt Thomas Röckemann als Sprecherduo die AfD in Nordrhein-Westfalen. Wer diese beiden besonnenen Charaktere sozusagen als personifiziertes Kontrastprogramm zu ihrem windigen und streitsüchtigen Amtsvorgänger Marcus Pretzell sieht, liegt damit vermutlich nicht verkehrt, wie auch zwei aufschlussreiche Interviews zeigen, die PI-NEWS am Rande des AfD-Neujahrsempfanges im Düsseldorfer Landtag mit ihnen führen konnte.

Helmut Seifen nimmt man dabei seine echte Empörung und Sorge ab, wenn er kritisiert, dass die Altparteien mit ihrer Hetze und Diffamierung gegen die AfD den „Presslufthammer an das Fundament der Demokratie“ ansetzen würde. Denn wo man seine Meinung nicht mehr frei zu äußern wage, gehe es rasch in Richtung einer Gesinnungsdiktatur, wovor Seifen auch schon in seiner – wie er sie nennt – [Jakobinerrede im Landtag](#) gewarnt hatte.

Im Zusammenhang mit dem von einem Mitschüler erstochenen Jugendlichen in Lünen stellte der ehemalige Gymnasialdirektor Seifen auch die Frage nach einem eventuellen Zusammenhang mit einer zwangsweise erfolgten Inklusion eines in einer Regelschule eigentlich unbeschulbaren verhaltensauffälligen Kindes, das früher verpflichtend und mit einer gezielten Betreuung in einer Förderschule unterrichtet worden wäre.

Generell äußerte sich der Schulexperte erfrischend deutlich zu den Risiken der Inklusion: Seifen bezeichnete die inzwischen in Deutschland praktizierte Art der zwangsweisen gemeinsamen Beschulung von behinderten Kindern in Regelklassen als „unzumutbar für alle Beteiligten“.

Auch Thomas Röckemann betonte im Interview mit PI-NEWS die gute und intensive Zusammenarbeit im neuen AfD-Landesvorstand

und zwischen den beiden Sprechern. Mit der Reorganisation der Parteiarbeit und der Vorbereitung der nächsten Wahlen, insbesondere auch der Kommunalwahl im einwohnerreichsten Bundesland, stünden der neuen Mannschaft große Herausforderungen bevor. Ein besonderes Augenmerk müsse dabei auch der verstärkten Mitgliedergewinnung und der raschen Bearbeitung von noch rund 600 nicht beschiedenen Aufnahmeanträgen in Nordrhein-Westfalen gelten.